

„Anne Will“: „Krise ohne Ende - Jobs und Wohlstand in Gefahr“

ARD, 26.10.2008, 21:45-22:45 Uhr (Sendung online verfügbar: <http://daserste.ndr.de/annewill/videos/annewill384.html>)

Gäste	Redezeit (jeweils einschließlich der gestellten Fragen; Werte gerundet)	Wesentliche Aussagen
Martin Kannegiesser - Präsident des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall - Kurator der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)	16 Minuten (29,6 %)	- In der gegenwärtigen Krise, deren Ausmaß noch nicht abgeschätzt werden kann, ist Lohnzurückhaltung angebracht. - Leiharbeit in der bestehenden Form ist für die Unternehmen unverzichtbar.
Christian Wulff - Stellvertretender Vorsitzender in Präsidium und Bundesvorstand der CDU - Ministerpräsident von Niedersachsen	15 Minuten (27,8 %)	- „Wir brauchen eine weltweite soziale Marktwirtschaft, wir brauchen eine weltweite Finanzmarktordnung.“ - Die Binnennachfrage soll gestärkt werden durch eine „Entlastung der Menschen“ („netto mehr vom Brutto“). - Leiharbeit in der bestehenden Form darf man „den Menschen nicht rauben“. - „Hartz IV“ wurde „im Interesse der Beschäftigten“ eingeführt, denn: „Leider hatten wir Menschen, die über Generationen [!] sich daran gewöhnt hatten, von Sozialhilfe zu leben.“
Fritz Schösser Vorsitzender des DGB-Bezirks Bayern (Nebelbedingt verpasste Schösser die erste Viertelstunde der Diskussion.)	8,5 Minuten (15,7 %)	- Nach den hohen Unternehmensgewinnen der letzten Jahre sind Lohnerhöhungen notwendig, um die Kaufkraft der Beschäftigten zu stärken. Vier von fünf Arbeitsplätzen in Deutschland sind nicht vom Export, sondern von der Binnennachfrage abhängig. - Die Kosten der Finanzmarktkrise sollen von denjenigen aufgebracht werden, die sich „durch Zocken [...] das Geld in die Taschen gesteckt haben“. - Eine Börsenumsatzsteuer ist einzuführen.
Peter Krämer Reeder	7,5 Minuten (13,9 %)	- Die Weltfinanzkrise wird in eine Weltwirtschaftskrise übergehen. Große Teile des Welthandels sind bereits zum Stillstand gekommen. - Unabdingbare Voraussetzung für eine Erholung der Wirtschaft ist, dass die Finanzmärkte einer „Weltfinanzkontrolle“ und einer „Weltfinanzordnung“ unterworfen werden. - Ein gesetzlicher Mindestlohn in Deutschland ist möglich, er ist auch eine Forderung der Menschenwürde. - Die Ausgaben für Bildung und Erziehung müssen drastisch erhöht werden. - Große Privatvermögen müssen zukünftig in nennenswertem Umfang besteuert werden (Vermögensteuer, Erbschaftsteuer).
Katja Kipping - Stellvertretende Parteivorsitzende DIE LINKE - Mitglied des Bundestags	7 Minuten (13,0 %)	- Die exportorientierte Politik der Regierungsparteien hat die deutsche Wirtschaft krisenanfällig gemacht. Richtigerweise ist die Kaufkraft der Bürger zu erhöhen. - Die Finanzmärkte müssen reguliert werden. Insbesondere ist ein Börsenumsatzsteuer zu erheben. - Ein gesetzlicher Mindestlohn ist notwendig. - „Hartz IV“ und die Förderung der Leiharbeit haben die „Erpressbarkeit der Beschäftigten“ erhöht. - Leiharbeiter sollen mit den Stammebelegschaften gleichgestellt werden (Arbeitnehmerrechte, Lohnhöhe).

Gesamtbeurteilung: Anne Will bemühte sich darum, die politischen Positionen in einem einigermaßen ausgewogenen Verhältnis zur Geltung kommen zu lassen. Möglicherweise erklärt dieses Bestreben sogar die Tatsache, dass Kannegiesser und Wulff sich überdurchschnittlich ausführlich äußern durften. Die Sendung war jedenfalls über weite Strecken sehenswert.